

---

**1997**                      **Ausgegeben zu Bonn am 13. Februar 1997**                      **Nr. 5**

---

Tag	Inhalt	Seite
23. 1. 97	Verordnung zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 41 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Krafträder hinsichtlich ihrer Geräuschentwicklung (Verordnung zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 41) .....	214
23. 1. 97	Verordnung über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 98 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeugscheinwerfer mit Gasentladungs-Lichtquellen (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 98) .....	215
16. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen .....	216
17. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände .....	216
17. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen .....	217
17. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA-Übereinkommen) .....	217
17. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Errichtung eines Internationalen Weinamts in Paris .....	218
19. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale .....	218
19. 12. 96	Bekanntmachung des deutsch-palästinensischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . . .	219
20. 12. 96	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrages über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper .....	221
20. 12. 96	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Notenwechsels vom 12. September 1994 zur Änderung des Notenwechsels vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut .....	222
20. 12. 96	Bekanntmachung des Notenwechsels vom 12. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Beendigung der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 25. September 1990 zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin .....	222
20. 12. 96	Bekanntmachung des Notenwechsels vom 12. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien, Kanada und dem Königreich der Niederlande zur Beendigung der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen in Berlin .....	226

Die

a) Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 41 und

b) ECE-Regelung Nr. 98

werden jeweils als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II werden die Anlagebände auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

---

**Verordnung  
zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 41  
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung  
der Krafträder hinsichtlich ihrer Geräuschentwicklung  
(Verordnung zur Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 41)**

**Vom 23. Januar 1997**

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

**Artikel 1**

Die nach Artikel 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 41 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Krafträder hinsichtlich ihrer Geräuschentwicklung wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Revision 1 der Regelung wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht. \*)

**Artikel 2**

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1994 in Kraft.

(2) Die Verordnung zu der ECE-Regelung Nr. 41 vom 16. März 1994 (BGBl. 1994 II S. 375) ist gemäß ihrem Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 mit Wirkung vom 1. April 1994 außer Kraft getreten.

(3) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die in Artikel 1 genannte Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 41 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 23. Januar 1997

Der Bundesminister für Verkehr  
Wissmann

\*) Die Revision 1 der ECE-Regelung Nr. 41 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Verordnung  
über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 98  
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung  
der Kraftfahrzeugscheinwerfer mit Gasentladungs-Lichtquellen  
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 98)**

**Vom 23. Januar 1997**

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

**Artikel 1**

Die nach Artikel 1 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene ECE-Regelung Nr. 98 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Kraftfahrzeugscheinwerfer mit Gasentladungs-Lichtquellen wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Regelung wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht\*).

**Artikel 2**

- (1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 15. April 1996 in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 98 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 23. Januar 1997

Der Bundesminister für Verkehr  
Wissmann

\*) Die ECE-Regelung Nr. 98 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Zweiten Zusatzprotokolls  
zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen**

**Vom 16. Dezember 1996**

Das Zweite Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1990 II S. 118) wird nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für die

Slowakei am 22. Dezember 1996  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Oktober 1995 (BGBl. II S. 988).

Bonn, den 16. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände**

**Vom 17. Dezember 1996**

Das Übereinkommen vom 29. März 1972 über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände (BGBl. 1975 II S. 1209) ist nach seinem Artikel XXIV Abs. 4 für

Indonesien am 18. Juni 1996  
in Kraft getreten.

Indonesien hat seine Beitrittsurkunden am 18. Juni 1996 in London, Moskau und Washington hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. August 1996 (BGBl. II S. 2475).

Bonn, den 17. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über die Verhütung der Meeresverschmutzung  
durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen**

**Vom 17. Dezember 1996**

Das Übereinkommen vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen (BGBl. 1977 II S. 165, 180) ist nach seinem Artikel XIX Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Barbados	am	3. Juni 1994
Jamaika	am	21. April 1991
Korea, Republik	am	20. Januar 1994
Pakistan	am	8. April 1995

Barbados, die Republik Korea sowie Pakistan haben ihre Beitrittsurkunden am 4. Mai 1994 beziehungsweise am 21. Dezember 1993 beziehungsweise am 9. März 1995 in London hinterlegt.

Kroatien und Slowenien haben am 23. September 1992 beziehungsweise am 27. Mai 1992 der Regierung des Vereinigten Königreichs notifiziert, daß sie sich als Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 8. Oktober 1991 beziehungsweise vom 25. Juni 1991, dem jeweiligen Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen gebunden betrachten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 22. Januar 1979 (BGBl. II S. 273) und vom 30. November 1993 (BGBl. 1994 II S. 17); letztere wird hinsichtlich des Inkrafttretensdatums für Jamaika insoweit berichtigt.

Bonn, den 17. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur  
(MIGA-Übereinkommen)**

**Vom 17. Dezember 1996**

Das Übereinkommen vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (BGBl. 1987 II S. 454) ist nach seinem Artikel 61 Buchstabe c in Verbindung mit der EntschlieÙung Nr. 12 des MIGA-Gouverneursrats vom 27. März 1989 (BGBl. 1995 II S. 904) für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Katar	am	22. Oktober 1996
-------	----	------------------

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Oktober 1996 (BGBl. II S. 2739).

Bonn, den 17. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Abkommens  
über die Errichtung eines Internationalen Weinamts in Paris**

**Vom 17. Dezember 1996**

Das Abkommen vom 29. November 1924 über die Errichtung eines Internationalen Weinamts in Paris (BGBl. 1969 II S. 2179) ist nach seinem Artikel 6 für

Brasilien	am 24. November 1995
Finnland	am 23. Dezember 1992
Georgien	am 6. Juli 1993
Libanon	am 6. Mai 1996
Moldau, Republik	am 23. März 1993
Neuseeland	am 1. Februar 1994
Norwegen	am 25. November 1992
Peru	am 2. Dezember 1994
Schweden	am 19. September 1992
nach Maßgabe des Vorbehalts, daß es sich an Beschlüssen, welche die Alkoholpolitik betreffen, nicht beteiligen wird	
Slowenien	am 15. November 1993
Vereinigte Staaten	am 24. Juli 1984

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 27. November 1969 (BGBl. II S. 2179) und vom 8. Februar 1989 (BGBl. II S. 185).

Bonn, den 17. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Abkommens  
über die Gründung der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft  
für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial**

**Vom 19. Dezember 1996**

Das Abkommen vom 20. Oktober 1955 über die Gründung der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial sowie das Zusatzprotokoll (BGBl. 1956 II S. 907) sind nach Artikel 11 des Abkommens für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am 27. November 1996
---	----------------------

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Oktober 1996 (BGBl. II S. 2708).

Bonn, den 19. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung  
des deutsch-palästinensischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 19. Dezember 1996**

Das in Gaza am 2. Dezember 1996 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Autonomiebehörde über Finanzielle Zusammenarbeit 1996 ist nach seinem Artikel 5

am 2. Dezember 1996

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Dezember 1996

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Schweiger

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Palästinensischen Autonomiebehörde  
über Finanzielle Zusammenarbeit 1996**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Palästinensische Autonomiebehörde –

im dem Wunsch, die zwischen ihren Völkern bestehenden Beziehungen zu festigen und auszubauen und durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beizutragen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der deutsch-palästinensischen Verhandlungen zur Entwicklungszusammenarbeit vom 30. Juli 1996 –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Palästinensischen Autonomiebehörde oder anderen, von der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auszuwählenden Empfängern von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt (Main),

Finanzierungsbeiträge für die Vorhaben

a) „Warenhilfe II“, bis zu insgesamt 15 000 000 DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark)

b) „Warenhilfe III“, bis zu insgesamt 2 400 000 DM (in Worten: zwei Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark)

c) Wasserversorgung Hebron, bis zu insgesamt 8 600 000 DM (in Worten: acht Millionen sechshunderttausend Deutsche Mark) (für das Vorhaben sind bereits Mittel in Höhe von 2 400 000 DM aus dem regionalen Studienfonds zur Verfügung gestellt worden)

und, wenn nach dessen Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß es als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen,

einen Finanzierungsbeitrag für das Vorhaben

d) Kläranlage Al-Bireh, bis zu 19 000 000 DM (in Worten: neunzehn Millionen Deutsche Mark)

zu erhalten.

(2) Die Finanzierungsbeiträge für die in Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Vorhaben Warenhilfe II und Warenhilfe III sind zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage vorgesehen. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Listen 1 und 2 handeln, für die Liefer- und Leistungsverträge nach dem 30. Juli 1996 geschlossen worden sind.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Autonomiebehörde durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Wird das in Absatz 1 Buchstabe d bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder der selbsthilfeeorientierten Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden.

#### Artikel 2

(1) Die Zusage der in Artikel 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge abgeschlossen wurden. Für die in Artikel 1 genannten Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2004. Dies gilt nicht für einen Betrag von 5,0 Mio. DM, der aus der Zusage 1995 entnommen ist.

(2) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der

Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

#### Artikel 3

Die Palästinensische Autonomiebehörde stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in ihrem Zuständigkeitsbereich erhoben werden.

#### Artikel 4

Die Palästinensische Autonomiebehörde überläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Gaza am 2. Dezember 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Martin Kobler

Für die Palästinensische Autonomiebehörde  
Nabil Shaat

### **Anlage 1 zum Abkommen vom 2. Dezember 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Palästinensischen Autonomiebehörde über Finanzielle Zusammenarbeit 1996**

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens vom 2. Dezember 1996 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
  - Technische Ausrüstungsgegenstände für den Flughafen im Gazastreifen,
  - Beratungsleistungen
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.

Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

**Anlage 2**  
**zum Abkommen vom 2. Dezember 1996**  
**zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Palästinensischen Autonomiebehörde**  
**über Finanzielle Zusammenarbeit 1996**

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Abkommens vom 2. Dezember 1996 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
  - Medizinische und technische Ausrüstungsgegenstände für das europäische Krankenhaus im südlichen Gazastreifen,
  - Beratungsleistungen
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.

Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Vertrages**  
**über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten**  
**bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums**  
**einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper**

**Vom 20. Dezember 1996**

Der Vertrag vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (BGBl. 1969 II S. 1967) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 4 für

Portugal am 29. Mai 1996  
in Kraft getreten.

Portugal hat seine Beitrittsurkunde am 29. Mai 1996 in London hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Dezember 1994 (BGBl. 1995 II S. 82).

Bonn, den 20. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des Notenwechsels vom 12. September 1994  
zur Änderung des Notenwechsels vom 25. September 1990  
zum NATO-Truppenstatut**

**Vom 20. Dezember 1996**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes zu dem Notenwechsel vom 12. September 1994 zur Änderung des Notenwechsels vom 25. September 1990 zum NATO-Truppenstatut (BGBl. 1994 II S. 3714) wird bekanntgemacht, daß der Notenwechsel nach seinem Absatz 3 für

Deutschland am 18. September 1996

in Kraft getreten ist; den Vertragsparteien des Notenwechsels war das Vorliegen der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten am 18. September 1996 notifiziert worden.

Der Notenwechsel ist ferner am 18. September 1996 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Belgien  
Frankreich  
Kanada  
Niederlande  
Vereinigtes Königreich  
Vereinigte Staaten.

Bonn, den 20. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung  
des Notenwechsels vom 12. September 1994  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik,  
dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland  
und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Beendigung  
der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 25. September 1990  
zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik,  
des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland  
und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin**

**Vom 20. Dezember 1996**

Der Notenwechsel vom 12. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Beendigung der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 25. September 1990 zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin ist mit Vollendung des Notenaustausches

am 12. September 1994

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

Der Staatssekretär  
des Auswärtigen Amts

Bonn, 12. September 1994

Exzellenzen,

ich beehre mich, auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika geführten Gespräche über die Beendigung der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 25. September 1990 zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin Bezug zu nehmen und Ihren Regierungen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes vorzuschlagen:

Die Vereinbarung durch Notenwechsel vom 25. September 1990 zu dem befristeten Verbleib von Streitkräften der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin wird einschließlich ihrer Anlagen mit Ablauf des 31. Dezember 1994 beendet.

Falls sich die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren vier Regierungen bilden, die mit der Vollendung des Austausches der Noten in Kraft tritt.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note sind beigelegt; die drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Kastrup

Seiner Exzellenz  
dem Botschafter der Französischen Republik  
Herrn François Scheer

Seiner Exzellenz  
dem Botschafter des Vereinigten Königreichs  
Großbritannien und Nordirland  
Sir Nigel Broomfield

Seiner Exzellenz  
dem Geschäftsträger a.i. der Vereinigten Staaten von Amerika  
Herrn James D. Bindenagel

Bonn

Der Staatssekretär  
des Auswärtigen Amts

Bonn, 12 September 1994

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America on the termination of the Agreement by Exchange of Notes of 25 September 1990 concerning the presence, for a limited period, of forces of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America in Berlin, and to propose to your Governments, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, the following:

The Agreement by Exchange of Notes of 25 September 1990 concerning the presence, for a limited period, of forces of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America in Berlin, including its Annexes, shall be terminated with the expiry of 31 December 1994.

If the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments which shall enter into force on the completion of the exchange of Notes.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurances of my highest consideration.

His Excellency  
The Ambassador of the French Republic  
Mr. François Scheer

His Excellency  
The Ambassador of the United Kingdom  
of Great Britain and Northern Ireland  
Sir Nigel Broomfield

His Excellency  
The Chargé d'Affaires of the United States of America  
Mr. James D. Bindenagel

Bonn

Der Staatssekretär  
des Auswärtigen Amts

Bonn, le 12 septembre 1994

Excellences,

J'ai l'honneur de me référer aux discussions qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, de la République française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord au sujet de l'abrogation de l'accord constitué par l'échange de lettres du 25 septembre 1990 relatif à la présence, pour une période limitée, de forces des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à Berlin et de proposer à vos gouvernements, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, ce qui suit:

L'accord constitué par l'échange de lettres du 25 septembre 1990 relatif à la présence, pour une période limitée, de forces des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord à Berlin, y compris ses annexes, sera abrogé le 31 décembre 1994 à minuit.

Si les Gouvernements de la République française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord acceptent le contenu de cette lettre, celle-ci et les lettres de réponse exprimant l'agrément de vos gouvernements, constitueront un accord entre nos quatre gouvernements qui entrera en vigueur avec l'accomplissement de l'échange de lettres.

Les textes anglais et français de la présente lettre sont joints, tous trois faisant également foi.

Je vous prie d'agréer, Excellences, les assurances de ma très haute considération.

Son Excellence  
l'Ambassadeur de la République française  
M. François Scheer

Son Excellence  
le Chargé d'Affaires des Etats-Unis d'Amérique  
M. James D. Bindenagel

Son Excellence  
l'Ambassadeur du Royaume-Uni de Grande-Bretagne  
et d'Irlande du Nord  
Sir Nigel Broomfield

B o n n

**Bekanntmachung**  
**des Notenwechsels vom 12. September 1994**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien,**  
**Kanada und dem Königreich der Niederlande**  
**zur Beendigung der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 23. September 1991**  
**über die Rechtsstellung der belgischen, kanadischen**  
**und niederländischen Truppen in Berlin**

**Vom 20. Dezember 1996**

Der Notenwechsel vom 12. September 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien, Kanada und dem Königreich der Niederlande zur Beendigung der Vereinbarung durch Notenwechsel vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen in Berlin ist

am 7. März 1995

in Kraft getreten, nachdem Deutschland am 21. Dezember 1994, das Königreich Belgien am 13. Februar 1995, Kanada am 7. März 1995 und das Königreich der Niederlande am 11. Januar 1995 jeweils den anderen Vertragsparteien notifiziert hat, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Notenwechsels erfüllt sind.

Die einleitende deutsche Note vom 12. September 1994 wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Dezember 1996

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Hillgenberg

Der Staatssekretär  
des Auswärtigen Amts

Bonn, 12. September 1994

Exzellenzen,

ich beehre mich, auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande geführten Gespräche über den Notenwechsel vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen in Berlin Bezug zu nehmen und Ihren Regierungen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

Die Vereinbarung durch Notenwechsel vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der belgischen, kanadischen und niederländischen Truppen in Berlin wird mit Ablauf des 31. Dezember 1994 beendet.

Falls sich die Regierungen des Königreichs Belgien, Kanadas und des Königreichs der Niederlande mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten Ihrer Exzellenzen eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die in Kraft tritt, sobald alle vier Regierungen einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens gilt der Tag der letzten schriftlichen Mitteilung.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note sind beigefügt; die drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Kastrup

Seiner Exzellenz  
dem Botschafter des Königreichs Belgien  
Herrn Georges Vander Espt

Seiner Exzellenz  
dem Botschafter Kanadas  
Herrn Paul Heinbecker

Seiner Exzellenz  
dem Botschafter des Königreichs der Niederlande  
Herrn A. Peter van Walsum

Bonn

Der Staatssekretär  
des Auswärtigen Amts

Bonn, 12 September 1994

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands on the Exchange of Notes of 23 September 1991 concerning the legal status of the Belgian, Canadian and Dutch forces in Berlin, and to propose to your Governments, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, that the following Agreement be concluded:

The Agreement by Exchange of Notes of 23 September 1991 concerning the legal status of the Belgian, Canadian and Dutch forces in Berlin shall be terminated at midnight on 31 December 1994.

If the Governments of the Kingdom of Belgium, Canada and the Kingdom of the Netherlands agree to the content of this Note and Your Excellencies' Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our Governments which shall enter into force as soon as all four Governments have notified each other in writing that their respective constitutional requirements for such entry into force have been fulfilled. The date of entry into force shall be the date of the last written notification.

The English and French texts of this Note are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurances of my highest consideration.

His Excellency  
The Ambassador of the Kingdom of Belgium  
Mr. Georges Vander Espt

His Excellency  
The Ambassador of Canada  
Mr. Paul Heinbecker

His Excellency  
The Ambassador of the Kingdom of the Netherlands  
Mr. A. Peter van Walsum

Bonn

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,  
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn  
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 4,85 DM (2,80 DM zuzüglich 2,05 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,85 DM.

Preis des Anlagebandes (ECE-Regelung Nr. 41): 7,65 DM (5,60 DM zuzüglich 2,05 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,65 DM.

Preis des Anlagebandes (ECE-Regelung Nr. 98): 13,35 DM (11,20 DM zuzüglich 2,15 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 14,35 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · G 1998 · Entgelt bezahlt

Der Staatssekretär  
des Auswärtigen Amtes

Bonn, le 12 septembre 1994

Excellences,

Me référant aux discussions qui ont eu lieu entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas au sujet de l'échange de notes du 23 septembre 1991 relatif au statut des forces belges, canadiennes et néerlandaises à Berlin, j'ai l'honneur de proposer à vos gouvernements, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de conclure l'accord suivant:

L'accord conclu par l'échange de lettres du 23 septembre 1991 relatif au statut des forces belges, canadiennes et néerlandaises à Berlin, prendra fin à compter du 31 décembre 1994 à minuit.

Si les Gouvernements du Royaume de Belgique, du Canada et du Royaume des Pays-Bas acceptent le contenu de cette note, celle-ci et les notes de réponse exprimant l'agrément de vos gouvernements constitueront un accord entre nos gouvernements qui entrera en vigueur dès que tous les quatre gouvernements se seront mutuellement informés que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'accord sont remplies. La date de la dernière communication écrite sera considérée comme la date d'entrée en vigueur de l'accord.

Les textes anglais et français de la présente lettre sont joints, tous trois faisant également foi.

Je vous prie d'agréer, Excellences, les assurances de ma très haute considération.

Son Excellence  
l'Ambassadeur du Royaume de Belgique  
M. Georges Vander Espt

Son Excellence  
l'Ambassadeur du Canada  
M. Paul Heinbecker

Son Excellence  
l'Ambassadeur du Royaume des Pays-Bas  
M. A. Peter van Walsum

Bonn